



**Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin
XXI. Wahlperiode**

Ursprung: Große Anfrage 2
Ursprungsinitiator: SPD, Hascelik, Nilgün

Drs. Nr.: 0416/XXI
TOP Nr.:

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Sitzung	Beratungsstand
31.08.2022	BVV	BVV/010/XXI	vertagt
28.09.2022	BVV	BVV/011/XXI	beantwortet

Große Anfrage 2

Plant das Bezirksamt Wärmeräume für Senior:innen?

Ich frage das Bezirksamt:

1. Wie hoch schätzt das Bezirksamt die Anzahl der Senior:innen, die von der Energiekrise so betroffen sein werden, dass sie eine finanzielle Unterstützung benötigen werden, um die gestiegenen Kosten erbringen zu können?
2. Was tut das Bezirksamt, um den armutsbetroffenen Senior:innen Wärmeräume in der kalten Jahreszeit anzubieten?
3. Plant das Bezirksamt eine Notfallhotline für Senior:innen, die aufgrund der Energiekrise in finanzielle Not geraten?
4. Sind dem Bezirksamt soziale Einrichtungen für Senior:innen bekannt, die aufgrund der Energiekrise in finanzielle Notlage geraten könnten? Wenn ja, welche? Was plant das Bezirksamt zu deren Unterstützung?

Berlin-Neukölln, den 23.08.2022

SPD, Frau Hascelik, Nilgün

(Antragsteller, Fragesteller bzw. Berichterstatter)

Abstimmungsverhalten:	SPD	Grüne	CDU	LINKE	AfD	FDP
JA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
NEIN	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
ENTH.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ergebnis: Einstimmig

beschlossen mit Änderung Kenntnis genommen abgelehnt gewählt

zurückgezogen vertagt gegenstandslos

überwiesen in den Ausschuss für _____ (federführend)

zusätzlich in den Ausschuss für _____

und in den Ausschuss für _____

beantwortet schriftlich

GB I/BzBm GB II/BiKuSport GB III/Ord GB IV/StadtUmVer GB V/Soz GB VI/JugGes

Geschäftsbereich Soziales
Soz Dez

26.09.2022
2240

Bezirksverordnetenvorsteher o.V.i.A.

Sitzung am : 28.09.2022

über

Lfd. Nr. : 11.2

Bezirksbürgermeister o.V.i.A.

Drs. Nr. : 0416/XXI

schriftlich :

nachrichtlich den Fraktionen
der SPD, Grüne, CDU, LINKE, AfD, FDP

Beantwortung der Großen Anfrage

Plant das Bezirksamt Wärmeräume für Senior:innen?

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Hascelik,

für das Bezirksamt beantworte ich die Große Anfrage der Fraktion der SPD wie folgt:

Zu 1.:

Dem Bezirksamt liegen die für eine seriöse Einschätzung erforderlichen Angaben über Einkommen, Energieverbrauch und Lieferverträge der Neuköllner Seniorinnen und Senioren nicht vor, sodass hier keine Schätzung möglich ist. Es ist jedoch davon auszugehen, dass alle Verbraucherinnen und Verbraucher von steigenden Haushaltsausgaben für Energie betroffen sein werden. Zwar können über die eigene Leistungsfähigkeit hinaus steigende Aufwendungen für Heizungsenergie durch das Amt für Soziales oder das Jobcenter auch bei einmaliger Hilfebedürftigkeit übernommen werden. Neben den Kosten für Wärme steigen jedoch auch die Preise für Strom stark an. Entgegen der Aussagen der für die Sicherheit der Energieversorgung verantwortlichen Bundesregierung gibt es neben dem Gasproblem eben auch ein Stromproblem.

Zu 2.:

Die Einrichtung von sogenannten „Wärmeräumen“ ist derzeit nicht vorgesehen.

Die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales hat am 21. September 2022 zu einer Videokonferenz eingeladen, in der das geplante „Netzwerk der Wärme“ vorgestellt wurde.

Auch hier wurde deutlich gemacht, dass sogenannte „Wärmehallen“ nicht gewünscht sind. Vielmehr sollen bestehende Einrichtungen in den Nachbarschaften als Orte der Begegnung bei einer warmen Tasse Tee oder Kaffee fungieren.

Die verschiedenen Akteure der Stadtgesellschaft werden deshalb gebeten, bereits bestehende Räume, Kantinen, Teeküchen für die Nachbarschaft zu öffnen und darin niedrigschwellige Orte der Begegnung zu schaffen.

Erklärte Ziele des Netzwerkes der Wärme sind:

- Verstärkung des solidarischen Zusammenhalts in der Stadtgesellschaft,
- Gesellschaftliche Abfederung der sozialen Folgen von Energiearmut,
- Zusammenhalt der demokratischen Kräfte,
- Zugänge zu Informationen und Beratungsangeboten wie bspw. Zugang/Beratung zu Entlastungs-/Beratungsmaßnahmen des Bundes und des Landes,
- der Vereinsamung Einzelner entgegen zu wirken.

Als nächste Schritte wurden die Einrichtung einer Stabsstelle Netzwerk der Wärme in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales unter Leitung einer bzw. eines temporär einzusetzenden Beauftragten für die operative Vernetzung der verschiedenen Wärmepunkte, die Erstellung einer digitalen Stadtkarte, auf der bestehende Orte der Wärme eingetragen werden und die laufend ergänzt wird, die gemeinsame Unterzeichnung einer Charta der Wärme durch verschiedene Stakeholder aus der sozialen Landschaft, von Religionen, Wirtschaft, Kultur und Handwerk sowie der Aufruf an die Stakeholder der Stadtgesellschaft, mit eigenen Beiträgen das Netzwerk der Solidarität zu verdichten genannt.

Was dort seitens Frau Senatorin Kipping angesprochen wurde, ist in den Neuköllner Seniorenfreizeiteinrichtungen und der Freizeiteinrichtung für Menschen mit einer Behinderung bereits gelebte Praxis. Die Räume stehen an den Wochentagen für einen Austausch bei Kaffee und Tee zur Verfügung und auch eine warme Mahlzeit kann – wenn auch nicht täglich – in den Seniorenfreizeiteinrichtungen Alt-Rudow, Alt-Buckow 18 sowie am Bat-Yam-Platz für einen kleinen Kostenbeitrag gekauft werden. Auch die Freizeiteinrichtung für Menschen mit einer Behinderung hält ein warmes Mittagessen für die Besucherinnen und Besucher bereit. Eine Ausdehnung der Öffnungszeiten und der Möglichkeit ein warmes Essen zur Verfügung zu stellen, könnte bei Bedarf nur realisiert werden, wenn auch die entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen würden. Auch dies wurde seitens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Videokonferenz deutlich in Richtung Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales adressiert.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich darauf hinweisen, dass es im Neuköllner Seniorenservice insgesamt sieben Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter (drei Verwaltungskräfte, ein/e Sozialarbeiterin bzw. Sozialarbeiter, zwei Altenpflegerinnen und eine Gruppenleitung) gibt, die für über 70.000 Seniorinnen und Senioren zuständig sind. Des Weiteren gibt es 149 Ehrenamtliche in 46 Sozialkommissionen.

Lediglich in der Freizeiteinrichtung für Menschen mit einer Behinderung sind derzeit zwei hauptamtliche Mitarbeiterinnen (Altenpflegerinnen) des Bezirksamtes eingesetzt. Alle vier Seniorenfreizeiteinrichtungen werden ausschließlich über Ehrenamtliche geführt.

Die personelle Ausstattung der bezirklichen Freizeiteinrichtungen für Seniorinnen und Senioren sowie für Menschen mit Behinderung ist als inadäquat anzusehen und es ist dringend erforderlich, hier eine strukturelle Verbesserung analog der bezirkseigenen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen herbeizuführen, um langfristig Angebote für die Neuköllner Seniorinnen und Senioren zu sichern und dem demographiebedingt steigenden Bedarf angemessen entgegenzutreten zu können. Von einem Ausbau der Angebote sind wir bei der derzeitigen Personalausstattung meilenweit entfernt.

Zu 3.:

Es ist davon auszugehen, dass eine unter Umständen eintretende Hilfebedürftigkeit nicht nur Seniorinnen und Senioren trifft. Für alle Neuköllnerinnen und Neuköllner stehen die üblichen Zugangswege zum Amt für Soziales und dem Jobcenter offen. Besondere Telefonnummern für einzelne Bevölkerungsgruppen sind weder sinnvoll noch geplant.

Zu 4.:

Die Notwendigkeit, soziale Träger zusätzlich finanziell zu unterstützen ist nicht nur für Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren, sondern grundsätzlich für alle aus öffentlichen Mitteln finanzierter Einrichtungen zu erwarten. Dies betrifft beispielsweise auch Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Familienzentren, Kindertageseinrichtungen, Obdachlosenhilfe und zahlreiche andere soziale Einrichtungen, die ausschließlich oder überwiegend aus Zuwendungen oder Leistungsverträgen finanziert werden.

Dem Geschäftsbereich Soziales liegen bisher keine konkreten Anträge dazu vor. Dennoch habe ich gegenüber dem Senat bereits darauf hingewiesen, dass entsprechende Zusagen zur Basiskorrektur erforderlich sind, um die durch das Bezirksamt eingegangenen Leistungsverpflichtungen aufzustocken und die erforderlichen Mehrbedarfe an soziale Träger auszahlen zu können. Aus Mitteln der dem Bezirksamt zur Verfügung stehenden Globalsumme ist das offensichtlich nicht möglich.

Es gilt das gesprochene Wort!

Falko Liecke
Bezirksstadtrat